



Nach 8 Jahren G20-Reformpolitik: Instabile Finanzmärkte, Steueroasen leben weiter, Ungleichheit weiter gestiegen

Ursprünglich entstand die Gruppe der G20 1999 nach der Asienkrise als Diskussionsforum der Finanzminister und Zentralbankchefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zusammen mit Vertretern der EU und der EZB, des Internationalen Währungsfonds, des Internationalen Währungsausschusses, der Weltbank und der OECD. Im November 2008 wurde das Treffen der G20 aufgewertet zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs. Ziel war es, »die Grundlagen für Reformen zu legen, sodass eine globale Krise, wie die aktuelle, nicht wieder passieren kann« (Washington Declaration 11/2008).

Im Jahr 2009 erklärte man sich dann gar selbst zum »führenden Forum unserer internationalen ökonomischen Zusammenarbeit«.

In den Gipfelverlautbarungen der letzten Jahre gewinnt zwar der Kampf gegen schädliche Steuerpraktiken und gesellschaftliche Ungleichheit als Hindernis für Wirtschaftswachstum mehr Raum, allein es fehlt an einschneidenden Maßnahmen. Die bisherigen Reformansätze greifen zu

kurz oder werden bei der nationalen Umsetzung wieder beschnitten.

An die G20 als Reformmotor zu glauben ist daher mehr und mehr reiner Aberglaube. Im Gegenteil: Offensichtliche Interessengegensätze und mangelnder Einigungswille auf internationaler Ebene dienen als Vorwand für ausbleibende Reformmaßnahmen auf nationaler Ebene.

Beispielsweise verpflichtete sich Deutschland im Rahmen der von der UN 2015 verabschiedeten »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung«, die Lage der unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher gegenüber den oberen 60 Prozent anzuheben. Die dem DIW-Wochenbericht Nr. 4/2017

Einkommensentwicklung der unteren 40 und oberen 60 Prozent der Einkommensskala, 1991–2013 (Veränderung in Prozent, 1991=100%)



entnommene Grafik zeigt jedoch, dass sich die Kluft weiter vergrößert.

Um eine gerechte und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zu erreichen und einen handlungsfähigen Staat zu erhalten, stehen vor allem zwei Bereiche im Fokus:

- Stabilisierung der Finanzmärkte
- Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung

Stabilisierung der Finanzmärkte

Notwendig und drängender denn je sind im Bereich der Finanzwirtschaft:

- Ausstattung der Banken mit ausreichendem Eigenkapital
- Einführung des Trennbankensystems um den Kunden eine klare Risikoeinschätzung zu ermöglichen
- Kontrolle der Schattenfinanzbereiche
- Einführung der Finanztransaktionssteuer um spekulative Auswüchse zu begrenzen
- Umkehr bei Handels- und Investitionsabkommen, so dass Steuer- und Finanzmarktregulierungen ohne Einschränkungen möglich bleiben.



Auf nach Hamburg zu den G20-Protesten vom 5. bis 8. Juli

Dampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung

Durch die Bereitschaft einzelner Individuen, schädliche Steuerpraktiken offenzulegen, dies oft unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile und ungerechtfertigter Strafverfolgung, wurde auch der Umfang an Steuerhinterziehung immer deutlicher.

Die sogenannten Steueroasen, in Wahrheit Schattenfinanzplätze, sind die entscheidende Drehscheibe für

- Steuervermeidung durch Konzerne
- Steuerbetrug durch reiche Individuen
- Geldwäsche von Korruptionsgeldern und Geldern aus kriminellen Aktivitäten

Dabei sind nicht nur die bekannten Kleinstaaten zu beachten, sondern auch die großen Staaten behüten weiterhin ihre Steuerschlupflöcher.

Daneben profitieren Unternehmen und Superreiche weiterhin vom Steuerwettbewerb der Staaten. Gerade die letzten Monate waren wieder geprägt von Ankündigungen, über die Senkung von Unternehmenssteuern einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen. Dass dies bestenfalls nur zu

kurzen wirtschaftlichen Strohfeuern führt, haben die letzten Jahrzehnte gezeigt. Letztendlich zahlt die Zeche die breite Bevölkerung über erhöhte Abgaben und Verbrauchssteuern.

Um diese Praktiken zu unterbinden ist zunächst mehr Transparenz notwendig. Erst wenn die wirtschaftlichen Beziehungen/Netzwerke auch für die kritische Öffentlichkeit einsehbar werden, ist eine wirksame Kontrolle möglich.

Letztendlich sind diese Reformanstrengungen an zwei Zielen zu messen:

- Die gesellschaftliche Vermögens- und Einkommens-Ungleichheit zu reduzieren.
- Den Staat wieder mit den Finanzmitteln zu versorgen, die ein moderner Sozialstaat zur Existenzsicherung für alle Bürger, für eine funktionsfähige Infrastruktur und für Natur und Umwelt braucht.

Auf europäischer Ebene gibt es erste ernsthafte Reformansätze. Deutschland sitzt dabei aber nicht im Führerstand sondern im Bremserhäuschen. Mit dem Verweis auf andere Bremser versucht man geschickt, dies zu verbergen.

Reformen auf der nationalen Ebene werden oft mit dem Hinweis auf Notwendigkeit internationaler Regeln abgeblockt. Dies ist unsinnig, wie positive Beispiele gerade auch aus den USA (Offenlegung von Finanzanlagen) oder Großbritannien (Transparenzregister für Unternehmen) zeigen. Noch immer ist Finanz- und Steuerpolitik eine nationale Angelegenheit – viele Maßnahmen können daher auf nationaler Ebene gemacht werden.

Wie immer ist der Widerstand der Reichen und Mächtigen gegen echte Reformen groß. Privilegien wurden auch in der Vergangenheit trotz offensichtlicher gesamtwirtschaftlicher Nachteile erbittert verteidigt, selbst bis zum Ausbruch von Revolutionen. Gilt auch heute wieder: Aus der Geschichte nichts gelernt und die aktuellen Zeichen verdrängt?

Wir werden jedenfalls zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene dafür arbeiten, dass diese Ziele noch breiteren Rückhalt in der Bevölkerung finden und zu einer veränderten Politik führen.